

Transparency Russland: Anspruchsvolle Mission

Das neue Gesetz zur Regulierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Kampf gegen Korruption

Im November 2012 ist in Russland ein neues Gesetz zur Regulierung der Tätigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kraft getreten. Es verpflichtet aus dem Ausland finanzierte, politisch tätige Organisationen dazu, sich als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen. Keine Organisation hat dies bis heute getan.

In Folge des Gesetzes dauern seit Ende März 2013 unangekündigte Kontrollen in zivilgesellschaftlichen Organisationen an. Davon sind mittlerweile mehr als 200 Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Vereine betroffen. Am Vormittag des 27. März 2013 bekamen auch Transparency Russland und ihre Geschäftsführerin Jelena Panfilowa Besuch von den Behörden. Transparency Deutschland und Human Rights Watch Deutschland forderten daraufhin in einer Presseerklärung anlässlich des Besuchs der Hannover-Messe durch Wladimir Putin ein Ende der Einschüchterung der Zivilgesellschaft in Russland.

Seit April 2013 geht die Justiz nun gezielt gegen einzelne zivilgesellschaftliche Akteure vor: Die Tätigkeit von 21 Organisationen soll eingestellt und über 5.000 Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, erklärte das Justizministerium. Ein erstes Urteil ist bereits gefallen: Die Wahlbeobachtungsorganisation „Golos“ soll eine Strafe von umgerechnet über 7.000 Euro zahlen, weil sie sich nicht als ausländischer Agent hat registrieren lassen.

Es sind keine einfachen Zeiten für Transparency Russland. Neben den neuen gesetzlichen Bestimmungen wird die Arbeit des Chapters durch die Schließung der USAID-Büros in Russland beeinträchtigt. USAID hat Transparency Russland maßgeblich mitfinanziert. Nun sieht sich das Chapter gezwungen, sein Finanzierungskonzept umzustellen. Diese neuen Herausforderungen erschweren die ohnehin anspruchsvolle Mission in Russland, denn das Ausmaß der Korruption im Land ist enorm. Das Nationale Antikorruptionskomitee beziffert den finanziellen Schaden durch Bestechung und Vetternwirtschaft auf 300 Milliarden US-Dollar im Jahr. Laut einer Bevölkerungsumfrage schätzen 75 Prozent der Befragten das Korruptionsniveau in Russland als „äußerst hoch“ ein.

Dennoch bleibt die staatliche Antikorruptionspolitik widersprüchlich. Einerseits werden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel zur Kontrolle der Vergabe öffentlicher

Aufträge und Beamteneinkünfte sowie ein verstärktes Vorgehen gegen korruptive Praktiken in den Strafverfolgungsbehörden. Obwohl diese und andere Maßnahmen mitunter halbherzig und selektiv umgesetzt werden, stellt die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (GRECO) Fortschritte bei den Antikorruptionsbestrebungen fest.

Andererseits bleibe der Kampf gegen Korruption Staatsangelegenheit und soll jeglicher zivilgesellschaftlichen Kontrolle entzogen werden, kritisiert Transparency Russland. Die Versuche der russischen Führung, die Zivilgesellschaft in politische Prozesse einzubeziehen, können kaum ernst genommen werden. Der Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte, der beim Präsidenten angesiedelt ist, hat zum Beispiel kaum Gewicht. Dem beratenden Gremium gehören zahlreiche verdiente Vertreter der Zivilgesellschaft an. Der direkte Draht zum Präsidenten bleibt jedoch wirkungslos, denn die Empfehlungen finden keine politische Umsetzung. 2012 erklärte Jelena Panfilowa daher ihren Rücktritt aus dem Rat.

Der Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Staat im Kampf gegen Korruption scheitert in Russland aus zweierlei Gründen. Zum einen fehlt auf staatlicher Seite der Wille, Korruption konsequent und ohne Rücksicht auf Status und Posten zu bekämpfen. Zum anderen, und das ist viel grundlegender, existiert bei der politischen Führung eine notorische Ablehnung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Das neue Gesetz schwebt wie ein Damoklesschwert über den Nichtregierungsorganisationen in Russland: der Kampf um die eigene Existenz wird immer mehr zum Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Jelena Panfilowa lässt sich allerdings nicht entmutigen: „Das Schlimmste, was einer zivilgesellschaftlichen Organisation passieren kann, ist wenn sie sich mit der Opferrolle abfindet. Sie muss nicht sich selbst beschützen, sondern anderen helfen. Wir müssen uns an die Situation gewöhnen und weiter arbeiten, um unsere Ziele zu erreichen.“

Autor: Viatcheslav Obodzinskiy stammt aus Russland und hat in Rostock Politikwissenschaften und Geschichte studiert. Momentan studiert er im Master Osteuropastudien an der FU Berlin und war von Dezember 2012 bis Juni 2013 Praktikant in der Geschäftsstelle von Transparency Deutschland. Der Beitrag ist im Scheinwerfer 59 vom Mai 2013 erschienen.

Kontakt: obodzinskiy@hotmail.de